

Ulrike Röhr

## Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik

Die Position von Frauennetzwerken in den internationalen Klimaverhandlungen

Die bloße Erwähnung des Zusammenhangs zwischen Geschlechterverhältnissen und Klimawandel führt nach wie vor zu heftigsten Reaktionen von männlicher Seite – so geschehen etwa anlässlich des Vortrags »Ist der Klimawandel geschlechtsneutral?« der Bremer Professorin Ines Weller. Sie weist u.a. darauf hin, dass »soziale Ungleichheiten bei der Erzeugung von Klimagasen von den Geschlechterverhältnissen mit bestimmt werden«, und dass »energierelevante Verhaltens- und Konsummuster [...] Teil der sozialen Konstruktionsprozesse von Geschlecht« sind, was bislang bei Strategien zur Reduzierung des Energieverbrauchs kaum berücksichtigt werde (2007, 5). *Spiegel Online* berichtete am 17.11.2007 über diesen Vortrag, und nachdem einige Thesen – etwa dass Männer mehr Fleisch essen, größere Autos fahren und mit diesen längere Strecken zurücklegen – referiert werden, schlussfolgert der Autor: »Damit ist die Sache soziologisch geklärt. Der Artikel vor Klimawandel steht dort völlig zu Recht und man könnte nun nach Hause gehen, wenn man keinen Spaß an Kaffeesatzleserei hätte.« In diesem herablassenden Stil fährt er noch eine Weile fort. Dem Aufruf zur Diskussion im Online-Forum folgten daraufhin innerhalb einer Woche etwa 400 v.a. männliche Kommentatoren. Deren Beiträge reichten von persönlichen Diffamierungen über Lächerlichmachen bis hin zu Schuldzuweisungen im Sinne von »Wenn Frauen nicht Alphamännchen als Partner wählen würden, gäbe es das Klimaproblem nicht«.

Tatsächlich sind die Forschungsergebnisse zu »Geschlecht und Klima« noch recht mager. Die meisten Veröffentlichungen basieren auf Fallbeispielen der Situation von Frauen in den Krisengebieten des Klimawandels. Aber ist daraus der Schluss zu ziehen, dass diese Beschreibungen nur extreme Einzelfälle repräsentieren? Klimawandel und Klimaschutz werden tiefgreifende Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben, in allen Regionen der Welt – und zwar egal, ob es künftig energischen Klimaschutz geben wird oder nicht. Da bisher in keinem Land das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit erreicht ist, muss davon ausgegangen werden, dass die mit den Geschlechterverhältnissen verknüpften Machtverhältnisse auch in der Klimapolitik wirksam sind.

*Wo zeigen sich die ungleichen Geschlechterverhältnisse in der Klimaproblematik?*

Erstens haben Frauen und Männer unterschiedlichen Anteil an der Verursachung des Klimawandels. So liegt etwa in Schweden, das gleichstellungspolitisch weltweit mit führend ist, der Energieverbrauch in männlichen Singlehaushalten um 22% höher

als der in weiblichen – durchgängig in allen Alters- und Einkommensgruppen (Räty/ Carlsson-Kanyama 2009). In Griechenland sind die Unterschiede noch größer, in Deutschland und Norwegen deutlich geringer. In allen vier Ländern wird der höhere Energieverbrauch der Männer v.a. im Bereich Mobilität verursacht, während Frauen teilweise in den Bereichen Wohnen, Kleidung und Hygiene etwas mehr verbrauchen (ebd.). Die Einsicht, dass Männer die größeren Autos fahren und damit längere Strecken zurücklegen, ist nicht neu. Sie wird allerdings nicht rezipiert. Im Gegenteil wird der wachsende Energieverbrauch im Transportbereich durch eine Planung erzeugt, die sich an männlichen Normen orientiert und diese reproduziert (Spitzner 2008, 18f). Ebenso führt die »Technologisierung des Haushalts« als »eine zentrale androzentrische Strategie des Umgangs mit der Krise der Versorgungsarbeit« – die diese im Übrigen keineswegs löst – zu einem immer größeren »privaten« Energiebedarf (19).

Zweitens treffen die Auswirkungen des Klimawandels die ärmeren Länder heftiger als die reicheren und innerhalb aller Länder die jeweils ärmsten Bevölkerungsgruppen am heftigsten, v.a. weil sie kaum Mittel haben, um sich an die veränderten Bedingungen anzupassen – und das obwohl sie am wenigsten zum Problem beigetragen haben. Frauen stellen etwa 70 % der weltweiten Armen, sie haben meist weniger Zugang zu Finanzen, Land, Bildung, Gesundheit oder anderen Grundrechten als Männer (Mitchell u.a. 2007, 4) und sind darüber hinaus häufig durch gesellschaftliche oder religiöse Normen eingeschränkt. Hinzu kommt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: in Afrika etwa »produzieren Frauen 80 % der landwirtschaftlichen Nahrungsmittel für den Haushaltsbedarf« und »klimawandelbedingte Verringerungen der Bodenproduktivität vergrößern das Arbeitsvolumen von Frauen – zu Lasten einkommenschaffender Maßnahmen der Armutsbekämpfung« (Röhr 2007, 39), was wiederum langfristige Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse hat.

Drittens sind die Maßnahmen zum Klimaschutz nicht geschlechtsneutral. Besonders auffällig ist die einseitige Ausrichtung der internationalen Klimaschutz-Instrumente, die ausnahmslos auf Markt- oder anderen ökonomischen Mechanismen beruhen und diejenigen begünstigen, die für das Problem verantwortlich sind. So besteht z.B. bei den Vorschlägen zur Reduktion der Entwaldung, die im Rahmen der REDD-Initiative (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) seit der Klimakonferenz auf Bali gemacht wurden, ein »grundlegender Konflikt zwischen Wirksamkeit und Gerechtigkeit«, da die »wirksamsten Zahlungen nicht Frauen oder indigenen Völkern zugute kommen, die die Wälder traditionell bewahren, sondern denjenigen, die bisher für beträchtliche Entwaldung verantwortlich waren und überzeugt werden können, fortan weniger zu entwalden« (Lovera 2008, 5). Was als »traditionelles« Verhalten von Frauen erscheint, hängt auch hier v.a. mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zusammen.

Viertens ist die Beteiligung von Frauen an Entscheidungen über Anpassungspläne und –maßnahmen, z.B. in der Landwirtschaft oder beim Katastrophenschutz, sehr gering. Das führt dazu, dass »sich in Planungsprozessen generell stärker die männ-

lichen Perspektiven widerspiegeln«, so dass Anpassungsmaßnahmen oft den Bedarf eines großen Teils der Bevölkerung – nicht nur der Frauen, sondern auch der Kinder, Alten usw. – unberücksichtigt lassen (40). Diese Differenzen der Anpassungsfähigkeit »spiegeln grundlegende Muster struktureller Gender-Ungleichheit wider« und klimapolitische Interventionen, die Gender-Fragen ignorieren, verstärken diese Ungleichheiten (Adger u.a. 2007, 730).

Fünftens sind Frauen und ihre Anliegen in den internationalen Klima-Verhandlungen unterrepräsentiert. So schrieb Margaret Sargent 1997 in einer Rundmail anlässlich der Klimakonferenz in Kyoto, die dort ausgetauschten Argumente seien »ausschließlich ökonomischer Natur« und die getroffenen Entscheidungen beachteten »noch nicht einmal das schlichte Überleben. Vielleicht haben Frauenorganisationen das Gefühl, dass sie in diese männlichen Perspektiven nicht eindringen können und bleiben deshalb zu Hause«. Dies ist eine plausible Erklärung dafür, dass Frauenorganisationen, die sonst bei fast allen UN-Verhandlungen vertreten sind, bei den Klimakonferenzen über lange Zeit fehlten oder – wie z.B. LIFE oder Women in Europe for a Common Future (WECF) – nur sehr vereinzelt auftauchten. Die Verhandlungen waren jahrelang sehr technokratisch, soziale Aspekte waren nicht anschlussfähig. Geändert hat sich das erst 2007 mit der Veröffentlichung des Vierten Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), der v.a. das Thema Anpassung an den Klimawandel prominenter auf der Tagesordnung platzierte.

Dennoch begann sich bereits 2003 auf der Klimakonferenz in Mailand mit »GenderCC – Women for Climate Justice« ein internationales Netzwerk von Gender- und KlimaexpertInnen zu etablieren, das heute als Beobachterorganisation bei den Klimaverhandlungen registriert ist, die Verhandlungsthemen aus Genderperspektive analysiert und eigene Positionen dazu entwickelt. Seit der Klimakonferenz auf Bali 2007 ist auch die traditionell bei UN-Verhandlungen engagierte Frauenorganisation Women's Environment and Development Organisation (WEDO) aktiv, die sich u.a. mit dem UN-Entwicklungsprogramm und dem UN-Umweltprogramm zur Global Gender and Climate Alliance (GGCA) zusammengeschlossen hat. Der Unterschied zwischen beiden Netzwerken liegt auf der Hand: GenderCC versammelt die eher kritischen NGOs und bearbeitet ein weites Spektrum klimarelevanter Themen im direkten Bezug auf die zur Verhandlung stehenden klimapolitischen Instrumente, während die GGCA an die politischen Linien und die weitestgehende »Neutralität« der UN-Organisationen gebunden ist und kaum Positionen vertritt, die über bereits verabschiedete internationale Vereinbarungen hinausgehen, meist zu Fragen der Frauenrechte und Frauenförderung. In beiden Netzwerken sind sowohl Organisationen aus dem globalen Norden wie Süden vertreten. WECF, das dritte akkreditierte Frauennetzwerk, hat seinen Mitgliederschwerpunkt in Osteuropa bis Zentralasien. Inhaltlich konzentriert es sich auf den Kampf gegen die Integration der Atomenergie in den Clean Development Mechanism (CDM). Gleichzeitig setzt es sich dafür ein, den CDM auch für kleinere (Frauen-)Projekte, z.B. auf lokaler oder Haushaltsebene, nutzbar zu machen. Neben diesen drei Netzwerken befassen sich zunehmend weitere

wie die Gender and Water Alliance oder das Gender and Disaster Network mit dem Klimawandel, die durch Vertreterinnen in den Delegationen von GenderCC oder WEDO repräsentiert sind. Darüber hinaus integrieren gegenwärtig Entwicklungsorganisationen wie Oxfam oder ActionAid die Genderperspektive in ihre Arbeit, und auch die neuen Bewegungen zur Klimagerechtigkeit wie Climate Justice Now! oder Climate Justice Action zeigen zumindest eine große Offenheit gegenüber dem Thema Geschlechtergerechtigkeit.

Eine geschlechtersensible Antwort auf den Klimawandel braucht mehr als Daten, mit denen aufgezeigt wird, dass der Klimawandel Frauen und Männer unterschiedlich betrifft oder dass sie unterschiedlich dazu beitragen. Erforderlich ist vielmehr ein Verständnis dafür, welche Auswirkungen Klimawandel und -politik auf existierende Geschlechterungleichheiten haben und wie diese umgekehrt den Klimawandel und seine Auswirkungen verschärfen (Brody/Demetriades/Esplen 2008, 2). Die bisherigen Analysen tendieren dazu, die Situation von Frauen zu generalisieren – teilweise auch zu ›naturalisieren‹ – und diese auf die Opferrolle festzulegen: sie werden oftmals als homogene, geknechtete Gruppe dargestellt, als die ›Ärmsten der Armen‹, wie Justine Demetriades und Emily Esplen (2008) kritisieren. Wichtig ist stattdessen erstens die Kontextualisierung mit anderen Achsen der Diskriminierung wie Klasse, Alter, Ethnizität oder sexuelle Orientierung. Zweitens muss die konkrete Situation von Frauen berücksichtigt werden, z.B. Unterschiede zwischen globalem Norden und Süden oder innerhalb von Ländern das Stadt-Land-Gefälle. Drittens muss es darum gehen, die Wirkungen der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern bei klimapolitischen Maßnahmen und Planungen zu analysieren und offenzulegen. Meike Spitzner hat mit ihrer Androzentrismuskritik einen möglichen Weg dafür aufgezeigt. Sie vertritt die These, dass Geschlechtergerechtigkeit nur erreichbar ist, wenn sowohl die ökonomische, politische und gesellschaftliche Konstruktion der Geschlechterrollen als auch das hierarchische Geschlechterverhältnis, in dem eine »ungleiche Bewertung, Definitions- und Gestaltungsmacht, Belastung und Entlastung« beobachtbar ist, adressiert werden (2008, 13). Dafür hat sie anhand des Themenfeldes Mobilität sechs Dimensionen identifiziert, die bei jedem Vorhaben im Rahmen eines Gender Impact Assessment bearbeitet werden sollten: ausgewogene Berücksichtigung der Erfordernisse der Versorgungsökonomie, für die Frauen bisher überproportional verantwortlich gemacht werden; gleichmäßige Verteilung der (finanziellen) Ressourcen zwischen Frauen und Männern; Überwindung von Androzentrismus, so dass nicht weiter männliche Lebensmuster und Denkweisen als Norm gelten, von der Frauen als ›Andere‹ abweichen; gleicher Einfluss von Frauen und Männern bei Planungen und Entscheidungen; Einwirken auf die symbolische Ordnung, so dass die Bedeutung von Frauen aufgewertet wird und einseitige Zuschreibungen von Rechten und Pflichten aufgehoben werden; Verminderung männlicher Übergriffsbereitschaft, Ausbeutung und sexueller Belästigung (Spitzner u.a. 2007, 6).

Solche herrschaftskritischen Analysen und Vorschläge bergen zwei Probleme. Erstens werden sie vorwiegend von Frauen aus dem globalen Norden vertreten. Frauen aus dem Süden konzentrieren sich hingegen mehr auf die Einzelnen und

ihre konkreten Verletzbarkeiten – und verfügen z.B. über praktisches Wissen im Umgang mit Naturkatastrophen – als auf theoretische Diskussionen über die soziale Produktion dieser Verletzbarkeiten, und empfinden solche Kritik als eine weitere Kolonialisierung. Deshalb fordert etwa Elaine Enarson, dass aus »deren Wissen Nutzen gezogen werden muss, um einen anderen Weg einzuschlagen und menschlicher Sicherheit und Freiheit oberste Priorität zu geben. Dies ist heutzutage der dringlichste Wissenstransfer« (2009, xvi). Zweitens ist es weitaus schwieriger, mit dieser Grundsatzkritik, die die gängigen Programme und Verfahren in Frage stellt, bei den klimapolitischen Verhandlungen wahrgenommen zu werden. Dies gilt sowohl für die Akzeptanz bei den Regierungsdelegationen als auch bei den ressourcen- und einflussreichsten Umweltorganisationen, die sich in ihren Positionen seit vielen Jahren den Regierungen stark angenähert haben. Dagegen kann es trügerisch einfach sein, ein Zitat aus der »UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau« von 1979 oder aus der Abschlusserklärung der Pekinger UN-Frauenkonferenz von 1995 in einen Verhandlungstext zu integrieren, das jedoch in der Regel zu allgemein formuliert ist, um eine signifikante klimapolitische Wirkung entfalten zu können.

#### *Frauen als Opfer des Klimawandels oder als Kritikerinnen herrschender Verhältnisse*

Sowohl Regierungen als auch Umwelt-NGOs zeigen eine zunehmende Offenheit für Genderaspekte, allerdings v.a. hinsichtlich der Verwundbarkeit von Frauen gegenüber Klimawandel. Letzteres zeigt sich in einigen NGO-Papieren und stärker noch in den Eingaben (submissions) der Regierungen zum internationalen Verhandlungsprozess. Die im August 2009 vorliegenden Entwürfe für neue UN-Vereinbarungen zum Klimaschutz und zur Anpassung sprechen eine deutliche Sprache: in den Texten der Arbeitsgruppe zur Long-term Cooperative Action (LCA), die ein umfassendes Kyoto-Nachfolgeabkommen erarbeiten soll, gibt es insgesamt 32 Bezüge zu Frauen und Gender<sup>1</sup>, fast ausschließlich im Kapitel über Anpassung; die Texte der Arbeitsgruppe zu weiteren Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls (KP), in denen es ausschließlich um Reduktionsverpflichtungen für Industrieländer geht, enthalten dagegen keinen einzigen. Das liegt einerseits daran, dass es offensichtlich leichter ist, sich für Opfer einzusetzen als für diejenigen, die grundlegende Veränderungen fordern. Andererseits haben Entwicklungsorganisationen, die relativ neu im Klimaprozess, aber erfahren im Gender Mainstreaming sind, den Fokus ihrer Arbeit in Entwicklungsländern und dort auf Anpassung. Auch die meisten Frauennetzwerke konzentrieren ihre Lobbyarbeit bei den Verhandlungen auf Anpassung, während Positionen zur Einbringung der Genderperspektive in künftige Vereinbarungen zu Reduktionsverpflichtungen bislang kaum vorliegen, u.a. auch aufgrund der vielen Neulingen bislang fehlenden Zeit, sich in die Tiefen der Thematik und die technokratische Sprache einzuarbeiten.

---

1 Die relativ große Anzahl rührt auch daher, dass es für die meisten Paragraphen alternative Textvorschläge gibt. Trotzdem ist die Gefahr groß, dass die Genderaspekte herausfallen, wenn es bei den Verhandlungen hart auf hart kommt.

Ein großes Defizit ist die Kommunikationsschwäche der Frauennetzwerke untereinander. Oft steht die Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Einflussnahme im Vordergrund und weniger das gemeinsame Ziel einer geschlechtersensiblen Klimapolitik. Bis heute gibt es z.B. keine gemeinsamen Diskussionen der Frauennetzwerke über eine Klimapolitik, die gleichzeitig geschlechtersensibel ist und den Wachstumszwang in Frage stellt. Dabei sind Systemveränderungen die Grundvoraussetzung, um die notwendigen drastischen Emissionsreduktionen in den Industrieländern zu erreichen. Hier treffen sich die Erfordernisse des Klimawandels und der Geschlechtergerechtigkeit: beide benötigen einen grundlegenden Wandel der Machtverhältnisse, des Wirtschaftens, der Asymmetrien zwischen den Geschlechtern (Spitzner 2008) und zwischen globalem Norden und Süden. Jeder Schritt in diese Richtung, egal ob er Klimaschutz oder Geschlechtergerechtigkeit als eigentliches Ziel hat, wird auch das jeweils andere befördern – z.B. wird die Abkehr vom Wachstumsparadigma die andere Seite des Wirtschaftens, die Versorgungswirtschaft, stärker in den Blickpunkt rücken und Auswirkungen auf die Bewertung dieser Arbeiten haben.

Die jüngsten Eingaben der drei bei den Klimaverhandlungen aktiven Frauennetzwerke machen deren Unterschiede deutlich. WECF erkennt die Instrumente des Kyoto-Protokolls an und möchte diese ausweiten. Es schlägt daher die Einführung eines »vereinfachten CDM auf Haushalts- und Gemeindeebene für nachhaltige Energieprojekte in ländlichen Regionen« vor, von dem die lokale Bevölkerung, v.a. Frauen, profitieren können soll (2009, 1). WEDO bezieht sich ausschließlich auf die vorhandenen Verhandlungstexte. Es weist darauf hin, dass Frauen, Kinder und Arme am meisten vom Klimawandel betroffen sein werden und schlägt in UN-Sprache konkrete Sätze vor wie: »Technologietransfer und Capacity-building sollte vorzugsweise auf verwundbare Gruppen, einschließlich Frauen, gerichtet sein, um das Innovationsvermögen von Frauen und Männern zu stärken« (2009, 2). Mehr ist in einem Verbund mit UN-Organisationen eben kaum möglich. GenderCC hingegen fordert, über Gender Mainstreaming hinauszudenken und grundlegende Veränderungen anzuvisieren. Die Wirtschaftskrise und die Klimakrise beruhen »auf den gleichen Fehlern«: »wir ignorieren die ökonomischen, ökologischen und sozialen Grenzen des Wachstums, während wir den Dingen, die für ein gutes Leben nötig sind, den Status bloßer ›Ressourcen‹ zuweisen« (LIFE/GenderCC 2009, 2f). Deshalb müsse der ökonomische Prozess von einem ›sorglosen‹ (careless) in einen ›sorgenden‹ (caring) überführt werden, indem Pflege und Versorgung, die bislang – bezahlt oder unbezahlt – vorwiegend von Frauen geleistet werden, einen größeren Stellenwert bekommen. Die Wirtschaft müsse sich »der Umwelt und den Bedürfnissen von Frauen, Indigenen und sozial Benachteiligten anpassen, nicht umgekehrt« (ebd.).

Umstritten sind zwischen und auch innerhalb der Netzwerke also v.a. die rigore Ablehnung vs. Verbesserung der Kyoto-Mechanismen und die grundsätzlichen Chancen und erforderlichen Instrumente zum Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik. Dabei sind Frauen oftmals auch Teil von system-erhaltenden

Strukturen und Organisationen und agieren entsprechend. Problematisch ist es, wenn gerade diese den Raum für eine grundsätzliche Kritik aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit zu besetzen versuchen, denn dies spielt denen, die keine Veränderungen wollen, in die Hände.

### *Innerhalb oder außerhalb des UN-Verhandlungsprozesses?*

Einerseits wird derzeit v.a. innerhalb der kritischen Frauennetzwerke kontrovers diskutiert, wie sehr man sich den Mainstream-Positionen anpassen muss, um im Verhandlungsprozess ernstgenommen zu werden. Ohne Glaubensbekenntnisse z.B. zu den marktbasierenden Instrumenten abzulegen, wird man schnell isoliert und das gesamte Netzwerk ignoriert, so dass keine weitere Auseinandersetzung mit den am Verhandlungsprozess Beteiligten stattfinden kann. Für die kritischen Frauennetzwerke stellt sich diese Frage deutlich schärfer als für andere Bewegungen für Klimagerechtigkeit, weil hier zur Kritik an den Kyoto-Instrumenten noch die ebenfalls wenig akzeptierte Perspektive der Geschlechterverhältnisse hinzukommt. Andererseits lassen die Verhandlungen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention ohnehin nicht die erforderlichen Ergebnisse erwarten – sowohl hinsichtlich der Minderungsziele als auch der Bereitstellung von Mitteln zur Anpassung und Emissionsminderung im globalen Süden. Der Wachstumszwang wird vermutlich unangetastet bleiben und es werden weiterhin risikoreiche technologische Lösungen propagiert. Beides wird von den meisten Frauenorganisationen abgelehnt. Somit ist fraglich, ob es überhaupt sinnvoll ist, für die Integration der Genderperspektive in ein Abkommen zu kämpfen, das grundsätzlich ungerecht und – wie das bisherige Kyoto-Protokoll – vermutlich weitgehend wirkungslos bleiben wird.

Folglich ist umstritten, ob es nicht sinnvoller ist, sich aus den UN-Klimaverhandlungen zurückzuziehen und die Energien auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu konzentrieren, die dem Klimawandel effektiver entgegenwirken. So ist etwa ein Teil von GenderCC gleichzeitig in den Bewegungen für Klimagerechtigkeit aktiv, während sich ein anderer v.a. von deren radikalen Aktionen zur Störung der UN-Verhandlungen distanziert. Inhaltlich stimmen beide Teile allerdings weitgehend überein: Kritik an marktbasierenden Instrumenten und Risikotechnologien und die Einforderung von Gerechtigkeit u.a. bei der Verteilung von Emissionsrechten und Mitteln zur Emissionsreduktion und Anpassung.

Aber was ist gerecht? Diese Diskussion wurde unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitsgruppe Frauen des Forum Umwelt und Entwicklung geführt (Röhr u.a. 2008). Gestützt auf Nancy Frasers Analyse verschiedener Konzepte und Zielrichtungen von Gerechtigkeit erkennen die Autorinnen an, dass Gerechtigkeit sowohl Umverteilung von Ressourcen als auch Anerkennung von Unterschieden voraussetzt (5). Zentral ist dabei die Unterscheidung zwischen »herkömmlichen und alternativen Konzepten« von Umverteilung und Anerkennung anhand der Begriffe Affirmation und Transformation: Umverteilung etwa ist dann affirmativ, »wenn eine oberflächliche Neuzuteilung vorhandener Güter an bisher benachteiligte Gruppen

erfolgt«, z.B. wenn letztere mehr Emissionsrechte erhalten, während sie – was anzustreben wäre – transformativ ist, »wenn die Art und Weise verändert wird, in der Güter erzeugt werden«, z.B. wenn »Land und Wald vorzugsweise an diejenigen vergeben würde oder bei denjenigen belassen würde, die sie zum Lebensunterhalt brauchen« und die deren Produktivität erhalten und weiterentwickeln (7). Im hegemonialen Klimadiskurs beschränkt sich die Gerechtigkeitsfrage v.a. auf die Verteilung der Emissionen zwischen den Ländern – und nicht innerhalb der Länder, wo die Genderperspektive sichtbar wird. Die Verknüpfung der Diskussionen über Klima- und Geschlechtergerechtigkeit ist aber eine Grundvoraussetzung, um tragfähige alternative Konzepte zu entwickeln.

Um »Geschlechter- und Klimagerechtigkeit zu erreichen«, so GenderCC in seinem Strategieplan (2009), sind »grundlegende Veränderungen nötig, um die bestehenden Systeme von Macht, Politik und Ökonomie zu überwinden«: »nicht nur Gender-Mainstreaming, sondern die Transformation der Geschlechterverhältnisse und gesellschaftlichen Strukturen; nicht nur einige technische Verbesserungen zur Reduktion von Emissionen, sondern wirkungsvoller Klimaschutz durch das Bewusstmachen und Verändern nicht-nachhaltiger Lebensstile« und des »unbeschränkten ökonomischen Wachstums«. Feministische Ökonominen fordern seit langem, die Versorgungsökonomie und die Vorsorge ins Zentrum ökonomischer Konzepte zu rücken. Deren Prinzipien des Teilens, der Kooperation und des Menschen-vor-Profit-Setzens zeigen auch für den Klimaschutz neue Wege auf. Für Geschlechtergerechtigkeit reicht es dabei nicht aus, die Versorgungsarbeit gleich zu verteilen, sondern sie muss grundlegend neu bewertet werden.

Die Veränderung ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Strukturen ist ein Lernprozess. Es gibt keinen Masterplan, der am grünen Tisch entwickelt und dann »nur« umgesetzt werden muss. Stattdessen können wir Plattformen bereitstellen und Strategien entwickeln. Die Bereitschaft und Fähigkeit, sich auf einen Prozess einzulassen, dessen Ergebnis noch nicht feststeht, setzt Mut zur Veränderung voraus. Nur mit diesem Mut werden wir die aktuellen Krisen für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft nutzen können.

## Literatur

Adger, W. Neil, u.a., »Assessment of Adaptation Practices, Options, Constraints and Capacity«, in: M.L.Parry u.a. (Hg.), *Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Cambridge 2007, 717-43

Brody, Alyson, Justina Demetriades u. Emily Esplen, *Gender and Climate Change: Mapping the Linkages*, Brighton 2008

Demetriades, Justine, u. Emily Esplen, »The Gender Dimensions of Poverty and Climate Change Adaptation«, in: *IDS Bulletin* 39, 2008, H. 4, 24-31

Enarson, Elaine, »Preface«, in: E.Enarson u. P.G.D.Chakrabarti (Hg.), *Women, Gender and Disaster. Global Issues and Initiatives*, Los Angeles u.a. 2009, xiv-xviii

GenderCC, *Overview and Strategic Plan*, unveröffentlichtes Manuskript, 2009 (erhältlich auf Nachfrage)

LIFE/GenderCC, »Gender Mainstreaming and Beyond – 5 Steps towards Gender-sensitive Long-term Cooperation«, Submission to the Ad hoc Working Group on Long-term Cooperative Action, April 2009, <http://unfccc.int/resource/docs/2009/smsn/ngo/140.pdf>

Lovera, Simone, *Life as Commerce: The Impact of Market-based Conservation Mechanisms on Women*, Global Forest Coalition 2008, [www.globalforestcoalition.org](http://www.globalforestcoalition.org)

Mitchell, Tom, u.a., *We Know What We Need. South Asian Women Speak out on Climate Change Adaptation*, ActionAid/IDS, Johannesburg-London 2007

Räty, Riitta, u. Annika Carlsson-Kanyama, »Energy Consumption by Gender in some European Countries«, in: *Energy Policy*, 2009, doi:10.1016/j.enpol.2009.08.010 (i.E.)

Röhr, Ulrike, »Geschlechtergerechtigkeit – die fehlende Perspektive in der Klimapolitik«, in: M.Khor u.a. (Hg.), *Klima der Gerechtigkeit: McPlanet.com 2007*, Hamburg 2007, 39-46

dies., Meike Spitzner, Elisabeth Stiefel u. Uta von Winterfeld, *Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Feministisches Hintergrundpapier*, AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn 2008

Spitzner, Meike, »Klimaschutz & Gerechtigkeit – ohne aktive Verhandlung von Androzentrismus?«, in: Röhr u.a. 2008, 13-21

dies., Frank Weiler, Rahmah Andi, u. Jeff Turner, *Städtische Mobilität und Gender. Förderung des öffentlichen Regionalverkehrs im Großraum Jakarta*, Positionspapier der KfW Entwicklungsbank, 2007

WECF, »Views on Possible Improvements to Emissions Trading and the Project-based Mechanisms«, Submission to the Ad Hoc Working Group on Further Commitments for Annex I Parties under the Kyoto Protocol, Februar 2009, <http://unfccc.int/resource/docs/2008/smsn/ngo/091.pdf>

WEDO (im Namen von GGCA), »Gender and Social Submissions for the Ad hoc Working Group on Long-term Cooperative Action«, April 2009, <http://unfccc.int/resource/docs/2009/smsn/ngo/145.pdf>

Weller, Ines, »Ist der Klimawandel geschlechtsneutral?«, Vortragsmanuskript, Bremen, 15.11.2007, [www.artec.uni-bremen.de/files/sonstiges/klima-gender-weller07.pdf](http://www.artec.uni-bremen.de/files/sonstiges/klima-gender-weller07.pdf)